

# Wir machen den Sozialstaat sicher und zukunftsfest



41. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz  
16. - 18. Juni 2017, Berlin

Antragsteller\*in: BAG Arbeit Soziales Gesundheit  
Beschlussdatum: 19.03.2017

## Änderungsantrag zu GS-SZ-01

### Von Zeile 100 bis 107:

Einfluss. Den Personalnotstand in den Krankenhäusern werden wir bekämpfen und die Arbeitsbedingungen verbessern. ~~Für alle Schwangeren muss Begleitung durch Hebammen gewährleistet sein. Für Hebammen in Krankenhäusern fordern wir einen ausreichend dimensionierten Personalschlüssel und angemessene Vergütung. Freiberufliche Hebammen brauchen eine dauerhafte Lösung für die hohen Beiträge der Haftpflichtversicherung durch einen Haftungsfonds, bevor noch mehr ihren Beruf aufgeben. Die Digitalisierung kann im Gesundheitswesen vieles verbessern, etwa für chronisch Kranke. Patientinnen und Patienten brauchen dabei selbstbestimmten Zugang zu ihren Daten. Gute Versorgung erfordert ausreichendes Personal. Dazu setzen wir uns für bundesweit verbindliche Personalbemessungsinstrumente bei den Personalbesetzungen in der Pflege ein. Dadurch wird die Arbeit wieder attraktiver und die Pflegekräfte bleiben der Arbeit im Krankenhaus länger erhalten. Ebenso müssen in der Altenpflege verbindliche Personalbemessungsregelungen eingeführt werden. Um die Qualität der Versorgung zu verbessern, streben wir auch bei den anderen Berufsgruppen wie Hebammen und Entbindungspfleger im Krankenhaus Regelungen für eine ausreichende Personalbesetzung an. Die Geburtshilfe wollen wir stärken und insbesondere bei Hebammen und Geburtshelfern für eine verbesserte Vergütung sorgen. Für alle Schwangeren muss Begleitung durch Hebammen gewährleistet sein. Freiberufliche Hebammen brauchen eine dauerhafte Lösung für die hohen Beiträge der Haftpflichtversicherung. Hierfür wollen wir eine gesetzliche Haftpflichtversicherung für Hebammen und die anderen Gesundheitsberufe. Außerdem fordern wir bessere Mitspracherechte für die Pflege- und die anderen Gesundheitsberufe in den Gremien der Selbstverwaltung, damit sie mit ihren Erfahrungen und ihrem Wissen zu einer guten Weiterentwicklung des Pflege- und Gesundheitssystems beitragen können. Wir setzen uns ein für eine gute, zahlenmäßig ausreichende und kostenlose Ausbildung aller Gesundheitsberufe. Viele Krankenhäuser leiden unter Finanzierungsproblemen. Wir wollen in allen Regionen eine bedarfsgerechte stationäre Versorgung sicherstellen. Mit einer Reform wollen wir Qualität verbessern, Fehlanreize zur Leistungsausdehnung entgegenwirken und die Investitionsfinanzierung auf breitere Schultern verteilt neu aufstellen.~~

Die Digitalisierung kann im Gesundheitswesen vieles verbessern, etwa für chronisch Kranke. Patientinnen und Patienten brauchen dabei selbstbestimmten Zugang zu ihren Daten.

## Begründung

Die Finanzierung der Krankenhausleistungen über DRGs hat zu absurden Fehlentwicklungen im deutschen Krankenhaussystem geführt. Immer mehr Krankenhäuser schreiben rote Zahlen und immer mehr Krankenhäuser werden privatisiert. Die Klinikverwaltungen üben enormen

ökonomischen Druck auf die Therapeut\*innen aus. Immer mehr Patient\*innen müssen in immer kürzerer Zeit behandelt werden. Besonders in der Pflege wird immer mehr gespart. Die Behandlungsqualität, aber auch die Ausbildungsqualität bei der Pflege leidet. Immer mehr Pflegekräfte geben ihren Beruf daher vorzeitig auf, was die Situation nur noch verschärft. Eine ähnliche Situation haben wir bei den Hebammen. Dort kommt hinzu, dass freiberufliche Hebammen die hohen Haftpflichtprämien durch die unzureichende Vergütung für die Geburtsbetreuung nicht mehr finanzieren können. Es ist höchste Zeit, dass die Politik die Rahmenbedingungen korrigiert. Dazu gehören:

- verbindliche Personalbemessungsinstrumente bei den Personalbesetzungen in der Pflege
  - gute, zahlenmäßig ausreichende und kostenlose Ausbildung für alle Gesundheitsberufe
  - Aufwertung der Pflege in den Selbstverwaltungen
- Reform der geburtshilflichen Vergütung
- Reform der Investitionsfinanzierung und der Vergütung der Krankenhausleistungen, um Fehlanreize zur Leistungsausdehnung entgegenzuwirken.